

Sonnabend, den 7. Dezember.

# Thorner Zeitung.



Nº. 59.]

Erscheint täglich Morgens mit Ausnahme des Montags. — Pränumerations-Preis für Einheimische 25 Sgr. Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. — Inserate werden täglich bis 4 Uhr Nachmittags angenommen und kostet die dreispaltige Zeile gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

[1867.]

## Telegraphische Depeschen der Thorner Zeitung.

Angekommen um 1 Uhr Nachmittags.

Berlin, 6. Dez. [Abgeordnetenhaus.] Graf Bismarck meldet schriftlich die Entlassung des Grafen zur Lippe und die Ernennung des Präsidenten Leonhardt zum Justizminister.

Paris, 26. Dez. Der gesetzgebende Körper beschloß über die Interpellation von Jules Favre einfache Tagesordnung.

Florenz, 6. Dez. [Eröffnungssitzung der Kammern.] Menabrea kündigt den Erlaß einer Amnestie an, und erklärt den Besitz Roms als unbedingt nothwendig für Italien.

## Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 5. Dez. Mehrfach verbreiteten Zeitungsgerüchten gegenüber, erklärt das „Dresdner Journal“: Von einer angeblich bevorstehenden Verlegung der sächsischen Truppen nach dem Herzogthum Holstein oder nach Mainz ist hierorts nichts bekannt.

Altona, 5. Dez. Gegen die „Altonaer Nachrichten“ ist heute ein zweiter Presßprozeß von der Staatsanwaltschaft eingeleitet worden, und zwar wegen eines Artikels über die Amtsausübung von Zollbeamten.

Florenz, 5. Dez. Zwei Versammlungen Deputirter berieten über die Kandidatur zur Kammerpräidentschaft. In der einen wurde Lanza, in der andern Ratazzi definitiv aufgestellt.

Wien, 5. Dez. Ueber die Haltung der österr. Regierung in der Konferenzfrage erklärt die „Wiener Abendpost“, daß triftige politische Gründe die Regierung noch abhalten, in dieser Beziehung Aufklärungen zu geben. — Der Kaiser hat einer Deputation aus Mähren, welche unter Führung des Fürsten Salm und Grafen Belcredi eine Petition für das Konkordat überreichte, geantwortet, er werde die Petition zur verfassungsmäßigen Behandlung dem Ministerium überweisen. — Dem „Fremdenblatt“ zufolge wird Graf Crivelli Anfangs nächster Woche nach Rom abgehen. Bezüglich der Unterhandlungen mit der Kurie über Aufhebung des Konkordats soll neu erdings in Erwagung gezogen sein, ob es nicht für die Beschleunigung dieser Angelegenheit vortheilhafter wäre, dieselbe durch einen außerordentlichen Bevollmächtigten statt durch den fändigen Gesandten führen zu lassen.

## Zusammenstellung der Nachrichten über das Conferenz-Projekt.

Florenz. Die „Italie“ dementirt die von der „Opinione“ gebrachte Mittheilung, daß die Regierung die Konferenz bedingungslos acceptirt habe, und „Opinione“ berichtigt heute gleichfalls ihre gestrige Mittheilung über die Zustimmung Italiens zur Konferenz. Dieselbe sei nicht als eine absolute auszulegen. Die italienische Regierung unterstützt den Wunsch Frankreichs, die römische Frage auf einer Konferenz

zum Austrag gebracht zu sehen; sie habe sich jedoch vorbehalten, ihre definitive Entscheidung erst dann zu treffen, wenn Frankreich gewisse Vorfragen beantwortet haben werde, welche sie im Interesse Italiens zu stellen verpflichtet gewesen. Sedenfalls werde die italienische Regierung ihren bestimmten Entschluß so lange hinausschieben, bis die Annahme der Konferenz Seitens der Großmächte formell zu ihrer Kenntnis gelangt sein werde. Die „Nazione“ bestätigt die bereits anderweitig mitgetheilte Nachricht, daß die italienische Regierung von Frankreich Erklärungen in Betreff der Konferenz gefordert habe und erst dann über ihre definitive Haltung gegenüber dem Konferenzprojekte sich aussprechen werde, wenn Frankreich die geforderten Aufschlüsse gegeben habe.

Paris. Die „Patrie“ glaubt, daß sich über das Zustimmungsvotum der Konferenz etwas Bestimmtes noch nicht sagen lasse, da aus Berliner Mittheilungen hervorgehe, daß die drei Mächte, welche ihren Beitritt zur Konferenz noch nicht definitiv angezeigt haben, erst in weitere Verhandlungen über die Bedingungen eingetreten seien, unter welchen die Konferenz Aussichten auf einen praktischen Erfolg bieten könne. Die „Patrie“ fügt hinzu, daß man in Berlin drei bis vier Wochen für erforderlich halte, um diese Phase der Unterhandlungen zum Abschluß zu bringen. — „Patrie“ schreibt: Nach unsern Korrespondenzen aus Berlin hat kein Zwischenfall den Stand der Vorbesprechungen über die Konferenzfrage geändert. Die drei noch nicht zustimmenden Großmächte machen die definitive Annahme von den Erklärungen abhängig, welche sie verlangt haben. Russland soll den Wunsch ausgesprochen haben, vor der Zustimmung abzuwarten, welche Haltung das italienische Parlament einnehmen wird. — Demselben Blatte zufolge hat Österreich den Vorschlag des Marquis de Moustier, wonach in Wien die Conferenz über die römische Frage zusammenentreten sollte, abgelehnt.

Petersburg. Das „Journal de St. Petersbourg“ meldet, daß die Zustimmung der Mächte zur Konferenz noch nicht offiziell ausgeprochen sei. Vorher seien noch weitere Unterhandlungen unter den Mächten erforderlich. Der Zusammentritt der Konferenz könne erst dann als gesichert angesehen werden, wenn die Mächte die Überzeugung erlangt haben, daß die Verathungen nicht resultatlos bleiben werden. Zweifelhaft sei es jedenfalls, daß Europa einwilligen werde, seine Vertreter blos zu versammeln, um unfruchtbare Debatten zu führen und in Protokollen eine Reihe von Ansichten unter einer Form mit mehr oder weniger bindender Kraft aufzustellen, ohne daß diese Kraft und ihr Erfolg wirklich vorhanden seien.

## Preußischer Landtag.

Berlin, 1. Dez. Die ministerielle „Provinzial-Correspondenz“ bestätigt, daß Graf zur Lippe seine Entlassung von Neuem nachgesucht habe. Die Regl. Entscheidung — sagt das ministerielle Blatt — werde noch erwartet. Die Verträge mit den depositirten Fürsten sollen nach denselben Blatt dem Landtage zur Genehmigung vorgelegt werden.

Die Commission des Abgeordnetenhauses, welcher die Vorlage betreffend die Vermehrung der Krondotation, zur Prüfung überwiesen ist, hat die

Annahme derselben mit 12 gegen 2 Stimmen dem Hause empfohlen.

Die Geschäftsordnungs-Commission des Abgeordnetenhauses erklärt die Eidesvorbehalte der nord-schleswigischen Abgeordneten für ungerechtfertigt und verlangt, im Falle des Beharrens bei der Weigerung, eine Neuwahl in den betr. Wahlkreisen.

— [Bur Presse.] Die national-liberale Partei bereitet zwei für die Presse äußerst wichtige Anträge vor. Der erste bezweckt die Aufhebung des Beugnisszwanges der Redactoren, der zweite soll das Confisciren von Druckschriften neu regeln, und zwar in der Weise, daß überhaupt nicht die Polizeibehörde, sondern nur der Staatsanwalt das Recht haben soll, die Beschlagnahme zu verfügen.

Das städtische Kollegium von Flensburg hat, wie schon früher das von Altona, von der Ausübung des Rechts der Präsentation eines Mitgliedes für das Herrenhaus für jetzt Abstand genommen, weil es mit Rücksicht auf die geringe Zahl seiner Mitglieder keines derselben für abkömmlich hält. In Frankfurt a. M. ist die Präsentation bis zur definitiven Konstituierung der dortigen städtischen Behörde aufgehoben worden. Die Stadt Hannover hat, wie schon erwähnt, den Stadtdirektor Nassau gewählt, welcher auch die königliche Bestätigung bereits erhalten hat.

Ueber die Streitfrage in Betreff der parlamentarischen Redefreiheit sagt die „Prov. Corr.“: „Der Beschuß des Abgeordnetenhauses wird zur Berathung im Herrenhause gelangen müssen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Beschuß, so wie er lautet, im Herrenhause nicht Annahme finden werde. Möglicher Weise aber kommen dort noch anderweitige Vorschläge in Betracht, um die von allen Seiten gewünschte Beseitigung des in Rede stehenden Streitpunktes herbeizuführen.“ Wir sehen nicht, worin diese Vorschläge bestehen könnten: der von dem Herrn Ministerpräsidenten befürwortete Ausweg wurde sogar von Herrn Wagener und in der „Kreuztg.“ bekämpft.

Ferner meldet die „Prov.-Corr.“: „Die Bewilligungen an die früheren Fürsten von Hannover und Nassau sind dem Landtage zunächst bei der Rechnungslegung über den im vorigen Jahre bewilligten außerordentlichen Geldbedarf, aus welchem die betreffenden Summen entnommen worden sind, zur Kenntnis gebracht worden. Die mit den Fürsten abgeschlossenen Verträge werden der Landesvertretung demnächst noch vorgelegt werden. — Die Gesetzesvorlage in Betreff der Dotation der Volksschule, sowie ein Gesetzentwurf über die Pensionirung der Volksschullehrer, ist nunmehr im Gesamt-Ministerium zur Berathung gekommen und wird unverweilt dem Landtage, vermutlich zuerst dem Herrenhause, vorgelegt werden.“

## Politische Uebersicht.

### Norddeutscher Bund.

Berlin, 3. Dezbr. In Bezug auf die Finanzverwaltung ist von Seiten der freien conservativen Verbindung ein Antrag gestellt worden, welcher Beachtung verdient, nämlich der: die verzinsslichen Schatzscheine einzulösen und an deren Stelle eine Antleihe in gleichem Betrage auszugeben. Die Schatzscheine

haben zwar den Vortheil, daß man sie leicht mit den sich etwa ergebenden Überschüssen einlösen und so wenigstens theilweise ihre Erfüllung durch neue unnothig machen kann, wodurch sich die Schuld des Staates auf eine einfache Weise verringern läßt, als dies bei einer Anleihe möglich ist. Auf der anderen Seite zeigt aber auch ein Blick auf die Finanzgeschichte fremder Länder, daß die Ausgabe verzinslicher Schatzscheine der bequeme Weg zu einer fortlaufenden schwelbenden Schuld ist. Mit den Schatzscheinen deckt man kleine Ausfälle; da es so bequem ist, kommt es oft vor und schließlich wachsen sie doch so an, daß man alle paar Jahre ein Mal genöthigt ist, sie in eine consolidatede Schuld zu verwandeln. Siehe Frankreich. Allerdings scheint die geregelte Finanzverwaltung Preußens eine solche Furcht nicht aufkommen zu lassen. Aber können wir wissen, welche Gefahren in dieser Beziehung die nächste Zukunft birgt? Können wir vorausbestimmen, welche Steigerung der Ausgaben, welche Ausfälle in den Einnahmen die nächsten Jahre uns bringen werden? Da, wo die eine Versammlung die Ausgaben beschließt und die andere die Einnahmen zu schaffen hat, wie bei uns Reichstag und Landtag, ist das leider zu befürchten. — Die „Post“ bringt von Neuen das bekanntlich wiederholt für falsch erklärete Gerücht, daß dem Abg. Lasker eine Stelle im Bundeskanzleramt zugedacht war. Die „Post“ will wissen, Graf Bismarck selbst habe den Abgeordneten Lasker aufgesondert, sich darum zu bewerben &c. &c. (?)

— [Das Leibgrenadier-Regiment No. 101] (kgl. sächsisch) soll, wie in Dresden das Gerücht geht, Ordre haben, nach Holstein auszurücken.

#### Österreich.

Prag, 2. Dez. Gegen mehrere Pfarrer deutscher Nationalität im Saazer Kreise Böhmens sind gerichtliche Untersuchungen wegen regierungseindlicher Kanzelreden anhängig gemacht worden.

#### Schweiz.

Nach den neuesten Mittheilungen befinden sich gegenwärtig 383 sog. hannoveranische Flüchtlinge in der Schweiz. Sie leben in Zürich, Olten, Aarau, Solothurn, Pfeffingen, Basel, Zug, Töss (Zürich), Glarus, Brugg, Bofingen, Küsnacht (Schwyz), Schwyz, St. Gallen, Rheineck, Baar (Zug) und im Kanton Neuenburg. Es heißt, daß sie immer mit den nöthigen ökonomischen Mitteln ausgestattet seien. Gegenwärtig tagen im Bundespalast die ständeräthliche Budgetcommission und die eidgenössische Militärkommission, letztere hauptsächlich zur Bestellung der neuen tactischen Reglements.

#### Belgien.

Mecheln, 4. Dez. Der Erzbischof von Mecheln, Kardinal Engelbert Sterckx, ist heute Vormittag im Alter von 75 Jahren gestorben.

Haag, 4. Dez. Die großherzoglich luxemburgische Regierung hat die französische Konferenzeinladung ohne Vorbehalt angenommen.

#### Frankreich.

Paris, 3. Dez. Durch den in vergangener Nacht wütenden Sturm ist das große Gewächshaus der Ausstellung zerstört worden. Der dadurch verursachte Schaden ist sehr bedeutend; mehrere unersetzliche Exemplare seltener Pflanzen, welche aus Deutschland eingeführt waren, sind vernichtet worden. — Der „Constitutionnel“ dementirt die Nachricht von der beabsichtigten Reise der Kaiserin und des kaiserlichen Prinzen nach Nizza; er sagt, daß die Gesundheit des Prinzen nichts zu wünschen lasse. — Dasselbe Blatt dementirt auch die Entlassung Haussmanns.

Sitzung des gesetzgeb. Körpers v. 3. Dezember. Jules Simon widerlegt die Gründe für die Notwendigkeit, die weltliche Macht des Papstes zu erhalten, und führt aus, daß der Papst sich der Notwendigkeit fügen müsse, die weltliche Macht von der geistlichen zu trennen. Der Papst müsse das Wort Cavaours zur Wahrheit werden sehen, welches „die freie Kirche im freien Staat“ als das zu erstrebende Ziel der italienischen Politik hinstellte. Die Sitzung dauert fort. Jules Simon hat noch das Wort.

Lyon, 2. Dez. Die ausgeschiedenen Municipalräthe sind sämtlich wiedergewählt worden.

#### Großbritannien.

[Abyssinische Expedition.] Aus Bombay, 41. Nov. wird berichtet: Die Vorbereitungen für die Abfahrt des Hauptcorps sind jetzt beendet; in den letzten 14 Tagen ist ein weiterer Abgang von Truppen nicht erfolgt. Transportdampfer sind gemietet. Die neuesten Nachrichten von Boula lauten dahin, daß über den Weg nach dem abyssinischen Hochland eine Entscheidung nicht getroffen sei, daß aber der Taranta-Paß vermieden werden soll. Das in Bombay veröffentlichte Tagebuch des Dr. Blank, einer der von Theodorus in Gefangenschaft gehaltenen Engländer, enthält die interessanteste Darstellung der Gefangenschaft, welche bis jetzt erschienen ist. In Betreff Livingstones sind zu gleicher Zeit einander widersprechende Nachrichten aus Zanzibar hier eingetroffen. Nach einer Mittheilung wäre er am Leben und noch vor Kurzem gesehen worden, andererseits wird behauptet, daß vernünftiger Weise nicht auf seine Rettung zu hoffen ist.

#### Schweden.

Stockholm, den 1. Dez. [Excesse.] Nach Mel- dungen aus Norrköping haben daselbst gestern Ruhestörungen stattgefunden, indem die Wohnungen mehrerer angesehener Kaufleute von Volkshaufen demolirt wurden; als Grund der Aufregung betrachtet man die bedeutende Getreideausfuhr, welche in der letzten Zeit von mehreren Firmen effectuirt wurde.

#### Rußland.

Petersburg. In der Sitzung der Zolltarif-Kommission am 23. d. M. soll, dem „Golos“ zufolge, die Herabsetzung des Eingangszolls auf Arrak, Rum, Cognac und ähnliche Spirituosen um 25% beschlossen werden sein. Auch für eine Herabsetzung des Zolles für Wein soll sich die Majorität ausgesprochen haben. Der „Golos“ spricht sich zugleich gegen die von dem schutzböllnerischen „Handelsarchiv“ erwähnte Petition aus, welche den Aufschub der Zollherabsetzungen bis Anfang 1869 verlangt, indem er erklärt, ein solcher Aufschub würde die Situation der Fabrikanten und Arbeiter nur verschlimmern.

#### Amerika.

Aus Rio Janeiro, 9. Nov., wird gemeldet: In einem Cavalleriegefechte hatten die Paraguaien einen Verlust von 100 Todten und 200 Gefangenen.

#### Afrika.

Aus Sierra Leone vom 14. Okt. wird gemeldet, daß der dortige englische Konsul in einem Krawall der Eingeborenen, bei einem Versuch, den gefangen gehaltenen Bischof von Sierra Leone zu befreien, getötet wurde.

#### Vermischte Nachrichten.

[Mysteriöse Vergiftung der Gräfin Chorinsky.] Die Kunde von einem gräßlichen Vorkommnisse durchheit die Stadt München. Die seit etwas mehr als einem Jahr hier von ihrem in Wien sich aufhaltenden Gatten getrennt lebende Gräfin Chorinsky, eine dreißig Jahre alte Dame, wurde seit zwei Tagen von ihrer Quartiergeberin, der Witwe H. in der Amalienstraße, nicht mehr gesehen, und als die H. ein Unglück ahnend, das versperrte Zimmer derselben gestern Abends öffnete, zwischen Sophie und Tisch tot auf dem Boden liegend aufgefunden. Die Besetzung des Tisches mit Gefäßen, in welchen Rum Milch, Tee &c. enthalten war, das ganze Arrangement zeigte, daß die Unglückliche während der Abendmahlzeit vom Tode ereilt worden war, vom Tod, durch Gift und wahrscheinlich von fremder Hand, wie folgende Umstände nahelegen. Am 19. d. M. war mit dem Morgenzug von Wien eine hübsche junge Dame hier angelommen und in einem der ersten Gasthöfe abgestiegen, welche alsbald als eine angeblich ebenfalls in getrennter Ehe lebende Baroness v. B. aus Wien mit der unglücklichen Gräfin ein intimes Bekanntschafts-Berhältniß anknüpfte oder erneuerte, jedenfalls mit derselben in engen Verkehr trat, Einkäufe besorgte &c.; am letzten Donnerstag, den 21. d. M., beauftragte die angebliche Baronin den Lohndiener des Gasthofes, zwei Theater-

Billette zu besorgen und solche zur Gräfin Chorinsky, zu welcher sie sich auf Besuch begab, zu überbringen. Der Diener that, wie befohlen, worauf die Gräfin, welche allein mit der Baroness eben die Abendmahlzeit einzunehmen begriffen war, ihre Quartiergeberin ersuchte, eine Drosche zur Fahrt ins Theater zu holen. Als Frau H. nach kurzer Frist nach Hause kehrte, traf sie zu ihrer Überraschung das Zimmer der Gräfin versperrt, konnte keine Bewegung, kein Geräusch in demselben vernnehmen, beruhigte sich jedoch damit, daß beide Damen, des Wartens überdrüssig, sich zu Fuß auf den Weg gemacht haben würden. Im Laufe dieser ihrer heiläufig viertelstündigen Abwesenheit hatte Gräfin Chorinsky ihr Leben geendet — geendet, wie die heute vorgenommene Section erwies, durch den Genuss von Blausäure! Ihre Gesellschafterin, die angebliche Baroness v. B., war alsbald in außerordentlicher Aufregung in den Gasthof zurückgekehrt und sofort abgereist! Selbstverständlich wurden unverweilt die umfassendsten, durch die dringenden Anzeichen eines Verbrechens des Mordes veranlaßten Maßregeln getroffen, über dessen Motive vorerst nur so viel feststeht, daß nichts auf die Absicht der Verabung schließen läßt.

#### Vokales.

Kommunales. Gute Vernehmung nach hat der Magistrat beschlossen, den Preis des Gases für die städt. Gasfabrik pr. 1000 Kubf. vom 1. Januar f. J. ab auf 2 Thlr. herabzusetzen. Diese Preiserhöhung hat zweifelsohne auch der Preis des Petroleum anträglich gemacht. Ein Antrag des Magistrats in dieser Angelegenheit wird ehestens an die Stadtverordneten gelangen.

Kirchliches. Auf Veranlassung des Piusvereins findet heute, Sonnabend d. 7., um 9 Uhr Morgens, in der St. Johannis Kirche ein Dankgottesdienst wegen des Sieges des päpstlichen und französischen Militärs bei Montana statt.

Handwerkverein. In der Versammlung am Donnerstag, den 9. d., hielt Herr Stadtrath Hoppe einen Vortrag, in welchem derselbe der zahlreichen Zuhörerschaft ein sehr detailliertes Bild des zeitigen finanziellen Zustandes unserer Kommune bot. Unsere Stadt, das ist die allgemeine Ansicht unter ihren Bewohnern, ist eine reiche Stadt. Wie weit diese Ansicht heute noch eine thathaftig begründete ist, — das war der Vorwurf des Vortrages, welcher uns zahlenmäßig darlegte, daß jene Ansicht theilweise auf einer Illusion, auf einer Unkenntniß der wirklichen Vermögens- und Einkommensverhältnisse der Kommune beruht. In dieser Unkenntniß haben auch viele Wünsche ihren Ursprung, welche im öffentlichen Tagesgespräch zu Tage treten und deren Realisirung von der Kommune beanprucht wird, weil dieselbe „reich“ sei. Ja, sie war es ehemals, als sie noch die vielen (ihr zum größeren Theile von den polnischen Schutzherrn aus dem Hause Jagello zugewendeten) Landgüter in unmittelbarem Besitz hatte. Von diesem großen Landbesitz ist ihr wenig mehr als 15,000 Morgen Forst übrig geblieben. Die Einnahmen haben sich verringert und ist die Kommune nunmehr bezüglich Deckung ihrer Bedürfnisse sehr auf die Steuerkraft ihrer Bewohner angewiesen. Da der Etat für 1868 bis 1870 ehestens zur Beratung der Stadtverordneten, resp. öffentlichen Kenntnißnahme gelangen wird, so lassen wir uns heute an nachfolgenden Daten aus dem Vortrage des Herrn Stadtrath genügen, welche erweisen, daß Thorn zwar noch immer eine wohlhabende Kommune ist, die aber, um ihre Finanzen in einer guten Lage zu erhalten, sparsam wirtschaften wird müssen. Noch betragen die Einnahmen 64,694 Thlr. nach dem neuen Etat, aber diefer Summe steht eine Ausgabe von 71,558 Thlr. jährlich gegenüber. Ein Defizit, welches sich auf 14,000 Thlr. steigern dürfte, wird durch die direkte Kommunalsteuer zu decken sein. Die Kommune hat einen Kapitalbestand von 210,490 Thlr., aber andererseits auch eine Schulde von 30,000 Thlr., welche nach Ansicht des Magistrats durch Abschreiben von jenem Kapitalbestand gedeckt werden soll. Was nun die Deckung des Defizits anlangt, so sprach Herr Stadtrath H. die Hoffnung aus, daß eine Erhöhung des Prozentages der Kommunalsteuer von 2 auf 3 nicht erforderlich sein werde. Nach Schluss des Vortrages, für welchen die Versammlung lebhaftest dankte, war Herr Stadtr. H. so freundlich, einige Angaben des Vortrages in Folge an ihn gerichteter Fragen näher darzulegen. — Der Fragekasten enthielt nur eine bedeutsame Frage, nämlich über die Bedeutung der Statistik, welche die Herren Dr. Brohm, Löwinsohn und C. Marquart beantworteten. — Dem Vorstande wurde der Wunsch eingegeben, daß im Vereine der Jubiläum der Denkschrift des Vorsteheramtes der Kaufmannschaft zu Königsberg „Die Provinz Preußen und ihre Verübung durch den Staat“ bekannt gemacht werde. Dem Wunsche wird in der nächsten Per. Folge geben werden.

# Telegraphischer Börsen-Bericht.

Berlin, den 6. Dezbr. cr.

Fonds:	Schlüß besser.
Desterr. Banknoten . . . . .	84 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>
Russ. Banknoten . . . . .	84 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>
Warschau 8 Tage . . . . .	84 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>
Poln. Pfandbriefe 4% . . . . .	57 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>
Weißpreuß. do. 4% . . . . .	82 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Posener do. neue 4% . . . . .	85 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
Amerikaner . . . . .	76 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
Italiener . . . . .	44 <sup>5</sup> / <sub>8</sub>
Weizen:	
Dezember . . . . .	86 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
Roggen:	schwankend.
loco . . . . .	74 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
Dezember . . . . .	75 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Dezember-Januar . . . . .	74 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>
Frühjahr . . . . .	73 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Kübböhl:	
loco . . . . .	107 <sup>1</sup> / <sub>12</sub>
Frühjahr . . . . .	101 <sup>11</sup> / <sub>12</sub>
Virtus:	fest.
loco . . . . .	201 <sup>3</sup>
Dezember . . . . .	201 <sup>4</sup>
Frühjahr . . . . .	201 <sup>11</sup> / <sub>24</sub>

## Getreide- und Geldmarkt.

Thorn, den 6. Dezbr. Russische oder polnische Banknoten 84—84<sup>8</sup>/<sub>8</sub>, gleich 119—118<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%.

Thorn, den 6. Dezember.

Weizen flau und niedriger. 124—128 pfd. holl. 90—92 Thlr., 129/30/31 pfd. holl. 94—96—98 Thlr., per 2125 Pfd.; feinste Qualität 2 Thlr. über Notiz. Roggen unverändert. 115—120 pfd. holl. 63—66 Thlr., 121—125 pfd. 68—70 Thlr. per 2000 Pfd., schwerste Qualität 1 Thlr. höher.

Erbse, Futterwaare 58—61 Thlr., gute Kocherbse 62—66 Thlr. per 2250 Pfd.

Häfer 30—34 Thlr. pr. 1250 Pfd.

Danzig, den 5. Dezember. Bahnpreise.

Weizen bunt, hellbunt, hochbunt und feinglasig 115—132 pfd. von 95—135 Sgr. pr. 85 Pfd.

Roggen 118—124 pfd. von 86—92 Sgr. pr. 81<sup>5</sup>/<sub>6</sub> Pfd.

Gerste, kleine 103—108 pfd. von 63—67 Sgr. pr. 72 Pfd. Gerste, große 106—116 pfd. von 64—68 Sgr. pr. 72 Pfd.

Grießen 75—82<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sgr. pr. 90 Pfd.

Spiritus 21<sup>1</sup>/<sub>3</sub> Thlr. pr. 8000 pfd. Tr.

Stettin, den 5. Dezember.

Weizen loco 86—96, Dez. 93 nom., Frühj. 94. Roggen loco 71—74<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Dez. 73<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Frühj. 71<sup>3</sup>/<sub>4</sub>. Kübböhl loco 10<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Br., Dez. 10<sup>11</sup>/<sub>12</sub>, April-Mai 10<sup>3</sup>/<sub>4</sub>. Spiritus loco 20<sup>1</sup>/<sub>12</sub>, Dez. 19<sup>5</sup>/<sub>6</sub>, Frühj. 20<sup>3</sup>/<sub>4</sub>.

## Amtliche Tagesnotizen.

Den 6. Dezember. Temp. Kälte 2 Grad. Luftdruck 27 Zoll 11 Strich. Wasserstand 3 Fuß 7 Zoll.

## Inserate.



Am 5. d. Mts. verschied nach kurzen aber schweren Leiden unser Gatte und Vater

Sebastian Müller,  
welches tief betrübt anzeigen  
Leibitsch, 6. Dez. 1867.

die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag den 8. d. Mts. Nachmittags 3 Uhr vom Trauerhaus aus statt.

Nachstehende

## Polizei-Verordnungen:

Das in neuerer Zeit in Handel gekommene, insbesondere aus Amerika importierte Petroleum oder Steinöl, auch Erdöl, rock-oil, earth-oil, coal-oil genannt, ist, vermöge seines reichen Gehaltes an flüchtigen Kohlenwasserstoffen, von außerordentlicher Entzündbarkeit, und steht in dieser Beziehung, selbst in raffiniertem Zustande, dem stärksten Alkohol nicht nach. Die Gefährlichkeit wird dadurch erhöht, daß es spezifisch leichter als Wasser ist, also auf dem Wasser schwimmt und wenn es brennt, durch Wasser nicht gelöscht werden kann. Zur Verhütung dieser Gefahr werden für den Transport, die

Lagerung und die Bearbeitung auf Grund des § 11 des Gesetzes vom 11. März 1850 die nachstehenden Bestimmungen getroffen:

### I. Für den Transport zu Wasser.

§ 1. Die Polizeibehörde des Einladeortes hat zu bestimmen, ob Petroleum in abgesonderten Fahrzeugen geführt werden müsse, oder ob es mit andern Gütern verladen werden dürfe. Im letzteren Falle hat sie die erforderlichen Vorschriften-Maßregeln, denen sich der Schiffer zu unterwerfen hat, anzuordnen.

§ 2. Der Führer eines Fahrzeuges, welches Petroleum an Bord hat, darf mit seinem Fahrzeuge nur in einer Entfernung von mindestens 200 Schritt von anderen Fahrzeugen oder von bewohnten Gebäuden anlegen. Erreicht er den Bestimmungsort, so hat er der Polizeibehörde anzugeben, daß das Fahrzeug Petroleum geladen habe, und die Menge desselben genau anzugeben. Er hat sodann das Fahrzeug auf den von der Polizei-Behörde bestimmten Liegeplatz zu führen und darf diesen Platz ohne Erlaubnis der Polizeibehörde nicht verlassen.

§ 3. Die Löschung der Petroleum-Ladung muß innerhalb der von der Polizeibehörde bestimmten Frist bewirkt werden.

§ 4. Schiffer, welche Petroleum in ihre Fahrzeuge einladen, oder überladen, dürfen dies nur an der von der Polizeibehörde bestimmten Stelle bevärfen, und müssen den Hafen oder Ladeplatz hinnen der vorgeschriebenen Frist verlassen.

§ 5. Auf Schiffen, welche Petroleum an Bord haben, oder einnehmen, sowie bei der Löschung, Lagerung und Einladung von Petroleum darf Feuer oder Licht nicht gemacht und Tabak nicht geraucht werden.

§ 6. Die Ausladung und Lagerung von Petroleum darf nur auf dem von der Polizei-Behörde dazu bestimmten Platze stattfinden.

### II. Für den Transport zu Lande.

#### A. Auf Eisenbahnen.

§ 7. Sendungen von Petroleum müssen mit besonderen Frachtbriefen, welche den Inhalt der Sendung deutlich erkennen lassen, aufgegeben werden.

§ 8. Auf die mit Petroleum beladenen Wagen dürfen andere Waaren nicht beigeladen werden.

§ 9. Mit Petroleum beladene Wagen dürfen in bedeckten Räumen (Güterschuppen) nicht aufgestellt werden. Dieselben sind auf beiden Seiten mit rothen Zetteln, auf welchen das Wort „Feuergefährlich“ deutlich zu lesen ist, und mit der Signatur: „Petroleum“ zu versehen.

§ 10. Die Beförderung darf nur mit den Güterzügen geschehen. Bei Nachtzügen darf Petroleum in mit Laternen versehenen Wagen nicht geladen werden.

§ 11. Petroleum darf nicht in Güterschuppen und nur an solchen Plätzen außerhalb derselben, wo brennbare Stoffe nicht in der Nähe sind, aus- oder eingeladen oder gelagert werden. Während dieser Arbeiten darf Feuer oder Licht in die Nähe nicht gebracht, und Tabak von den dabei beschäftigten Personen nicht geraucht werden.

#### B. Auf anderen Wagen.

§ 12. Wagen, welche mit Petroleum beladen sind, dürfen unter bedeckten Räumen nicht stehen gelassen und müssen unter steter Aufsicht gehalten werden.

### III. Aufbewahrung und Verarbeitung.

§ 13. Petroleum darf in größeren Quantitäten nur in einzeln stehenden, nicht bewohnten Gebäuden gelagert werden. Für den Privat-Gebrauch oder den Detailhandel darf es nur in Quantitäten, welche 500 Pfund nicht übersteigen und nur in feuersicheren Räumen gehalten werden.

§ 14. Das Raffiniren rohen Petroleum ist nur in Räumen gestattet, welche von der Polizeibehörde besonders genehmigt worden sind.

Die Nichtbefolgung vorstehender Vorschriften ist mit einer Geldbuße bis zu 10 Thlr., an deren Stelle im Unvermögensfalle, verhältnismäßige Gefängnisstrafe tritt, zu ahnden.

Die Polizeibehörden des Regierungsbezirks haben dafür zu sorgen, daß die besonderen Liege-, Lade- und Lager-Plätze ein für allemal bestimmt und zur Kenntnis der Beteiligten gebracht werden.

Marienwerder, den 27. December 1862.  
Königl. Regierung. Abth. des Innern.  
wird hiermit wiederholt zur Nachachtung publicirt.

Thorn, den 3. December 1867.  
Der Magistrat. Polizei-Verw.

## Dombau-Loose

zu der am 15. Januar f. S. stattfindenden Ziehung à 1 Thlr. — sind stets vorräthig bei

**Ernst Lambeck.**

## Glücks- u. Weihn.-Geschenk.

Das Spiel der Frankf. u. Hannov. Lotterie ist von der Königl. Preussischen Regierung gestattet.

## „Gottes Segen bei Cohn!“

## Grosse Capitalien-Verloosung

von 2 Millionen 771,750 Mark.  
Beginn der Ziehung am 13. Decbr. d. J.

**Nur 4 Thlr. oder 2 Thlr.**  
oder 1 Thlr.

kostet ein vom Staate garantirtes wirkliches Original-Staats-Loos, (nicht von den verbotenen Promessen) aus meinem Debit und werden solche gegen frankirte Einsendung des Betrages, oder gegen Postvorschuss selbst nach den entferntesten Gegenden von mir versandt.

Es werden nur Gewinne gezogen.

Die **Haupt-Gewinne** betragen  
250,000, — 150,000, — 100,000, —  
50,000, — 2 à 25,000, — 2 à 20,000, —  
à 15,000, — 2 à 12,500, — 2 à 10,000,  
2 à 7500, — 2 à 6250, — 4 à 5000,  
5 à 3750, — 105 à 2500, — 5 à 1250,  
125 à 1000, — 5 à 750, — 145 à 500,  
190 à 250, — 10 à 200, — 11,200 à  
117 Mark u. s. w.

Gewinnelder und amtliche Ziehungssachen sende nach Entscheidung prompt und verschwiegen.

Meinen Interessenten habe allein in Deutschland die allerhöchsten Haupttreffer von 300,000 Mark, 225,000, 187,500, 152,500, 150,000, 130,000, 125,000, 103,000, 100,000 und jüngst am 11. Septbr. schon wieder das grosse Loos von 127,000 Mark auf Nr. 31,308 ausbezahlt.

**Laz. Sams. Cohn**  
in Hamburg,  
Bank- und Wechselgeschäft.

## Auction.

Im Auftrage eines auswärtigen Hauses werde ich

Freitag, den 6. December und die folgenden Tage, von Vormitt. 10 Uhr ab, in meinem Auctions-Locale verschiedene Waaren, als:

wollne und baumwollne Strümpfe, Shawls, Unterbeinkleider und Jacken, Unterärmel, Hauben, so wie verschiedene Schuhe, Handschuhe &c. &c. öffentlich versteigern.

**Max Rypinski**, Auctionator.

**Ausziehische und andere Möbel** sind bei mir fertig und werden wegen Mangel an Raum auffallend billig verkauft. F. Peltz,  
Tuchmacherstraße 155.

